

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

F/XX/231

Bonn, den 1. Dezember 1965

Nur veröffentlicht in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1 - 2	<u>B I L A N Z</u>	89

Die Debatte über die Regierungserklärung

3	<u>"Das geht Sie garnichts an!"</u>	27
---	-------------------------------------	----

Obrigkeitsstaatliche Eierschalen oder mehr ?

Von Günter Grossmann

4	<u>Beispielhafte Rationalisierung</u>	34
---	---------------------------------------	----

Hamburg: Viele Verkehrsmittel - eine Fahrkarte

Von Rolf Obst

5	<u>Rußland oder Sowjetunion ?</u>	48
---	-----------------------------------	----

Kleiner Nachhilfeunterricht für Staatsmänner
und solche, die es werden wollen

6	<u>Zweierlei Ausländer in der Schweiz</u>	43
---	---	----

Rigorese Beschränkungen für Gastarbeiter

Von Goto Schmidt, Bern

B I L A N Z

Die Debatte über die Regierungserklärung

sp - Niemand kann diesmal behaupten, der Bundestag hätte nicht die wichtigsten Probleme der deutschen Politik vor aller Öffentlichkeit diskutiert. Es war gut, daß Fernsehen und Rundfunk große Teile der Debatte über die Regierungserklärung sendeten, so daß jeder, der hören wollte, die Gelegenheit hierzu hatte. Auch die Berichterstattung in der Mehrzahl der deutschen Zeitungen gibt dem Bürger Einblick in das Parlamentsgeschehen und führt ihn unmittelbar an die Analyse seiner eigener Sorgen heran. Daß hierbei Akzentverlagerungen zu beobachten sind, ist selbstverständlich; das gehört zum Wesen der Demokratie. Wenn die Berichterstattung in der einen Zeitung nicht paßt, kann sich ja eine andere Zeitung kaufen, und so das Bild vervollständigen, das ihm vielleicht einseitig gemalt zu sein scheint.

Will man die Debatte über die Regierungserklärung als Ganzes beurteilen, so muß zunächst daran erinnert werden, daß sie leider erst drei Wochen nach dem Start des Bundeskanzlers vor dem Parlament stattgefunden hat. Das ist in unserer schnelllebigen Zeit zu lange; nur der wirklich an den öffentlichen Vorgängen interessierte Bürger wird sich der Mühe unterziehen, Regierungserklärung und Replik der im Bundestag vertretenen Parteien in einen unmittelbaren Zusammenhang zueinander zu bringen. Der Ältestenrat des Bundestages sollte daher bedenken, ob es für die Sache, über die diskutiert wird und für die Popularität der Parlamentsarbeit nicht besser wäre, wenn Erklärungen und Antworten unmittelbar aufeinander folgen; nur dann wird die Debatte wirklich lohnend.

* * *

Eine erste Zusammenfassung der zahlreichen Diskussionsbeiträge sowohl von Vertretern der Regierungsparteien, der Regierungsmitglieder, als auch der Abgeordneten der Opposition führt zunächst zu folgender Feststellung:

- * Was der Bundeskanzler und seine politischen Freunde vor den Wahlen
- * in wirtschaftlicher und finanzieller Beziehung als "übertriebene
- * Schwarzmalerei" bezeichneten, wurde jetzt von ihnen selbst als eines der wesentlichsten Merkmale der deutschen Innenpolitik charakterisiert. Das bezieht sich auf die Preisentwicklung, auf die inflationären Tendenzen der Finanzpolitik und auf die Überlegung,
- * ob die bisherigen Maßnahmen der Bundesregierung zur Erhaltung der wirtschaftlichen Stabilität ausreichend waren oder nicht.

In dieser Debatte wurde deutlich, daß die Regierung und die sie tragenden Parteien in der Defensive kämpften, Fehler und Unterlassungen zugeben mußten und nur dadurch den Anschein der Seriosität aufrecht erhalten konnten; daß sie versprachen, in Zukunft das tun zu wollen, was sie eigentlich schon längst hätten tun müssen.

* * *

Es ist verständlich, daß sich angesichts des wirtschaftlichen und finanzpolitischen Versagens der Bundesregierung die Debatte über die Regierungserklärung hauptsächlich auf wirtschafts- und finanzpolitische

Probleme konzentrierte. Gelegentlich von Sprechern der Regierungsparteien angebrachte Versuche, die Gewerkschaften für die Preisentwicklung verantwortlich zu machen, blieben im Ansatz stecken. Gegen Schluß der Debatte mußten sowohl Bundeskanzler Erhard als auch Bundeswirtschaftsminister Schmücker gewisse Korrekturen von früher aufgestellten Behauptungen vornehmen, um nicht den Eindruck bestehen zu lassen, ihre Maßhalteappelle richteten sich nur an e i n e Adresse.

* * *

Während dieser Debatte war auch viel von der berühmten "Alternative" die Rede. Jedesmal, wenn ein Regierungssprecher oder ein Abgeordneter der Regierungsparteien die Opposition zu Alternativvorschlägen aufforderten, ging der Schuß daneben. Es stellte sich nämlich in der Diskussion heraus, daß man auf den Bänken der Regierungsparteien ganz offensichtlich verabsäumt hatte, die von der Sozialdemokratie schon viele Monate v o r der Bundestagswahl entwickelten Alternativvorschläge zur Regierungspolitik zur Kenntnis zu nehmen.

Dies mag wohl der Grund dafür sein, daß die Sprecher der Regierungsparteien gegen Schluß der Debatte endlich darauf verzichteten, die Opposition zu ersuchen, die n i c h t geleistete Arbeit der Regierung nachzuholen. Die sozialdemokratische Bundestagsfraktion hat auch jetzt nicht verabsäumt, ihre Kritik an der Bundesregierung in den Rahmen jener Forderungen zu stellen, die die SPD vor der Bundestagswahl in einem präzisen Regierungsprogramm als Alternative zur Regierungspolitik der deutschen Öffentlichkeit unterbreitet hatte.

Hier ist überhaupt das entscheidende Merkmal dieser Bundestagsdebatte über die Regierungserklärung. Während auf Seiten der Regierung mühevoll versucht wurde, über die v o r der Wahl gegebenen Versprechungen hinwegzureden, Unterlassungen zu vertuschen und den Mangel an Zielstrebigkeit zu verneinen, hat die Opposition Wort für Wort alle jene Postulate der deutschen Politik erneut zur Diskussion gestellt und Vorschläge entwickelt, die - leider! - von der Regierung zum Schaden unseres Volkes nie ernst genommen worden sind.

* * *

Noch ein anderes Merkmal dieser Bundestagsdebatte ist erwähnenswert: Die Vertreter der Regierung und die Sprecher der sie tragenden Parteien klammerten sich ohne Rücksicht auf Verluste an die Behauptung, sie hätten bisher alles richtig gemacht, obwohl die Tatsachen gegen eine solche Behauptung sprechen. Es sind dies Tatsachen, die jeder Bürger selbst kontrollieren kann: die Preisentwicklung mit der sich daraus ergebende Schwindsucht unserer Kaufkraft, die Unsicherheit auf allen Gebieten der Wirtschafts- und Finanzpolitik und die völlige Verworrenheit im Blick auf die demnächst fälligen außenpolitischen Entscheidungen.

Die Bilanz der großen Bundestagsdebatte über die zweite Regierungserklärung Professor Erhards bietet nur wenig Hoffnung auf die Aussicht, daß diese Bundesregierung jemals die Kraft haben könnte, eine Politik zu entwickeln, die den Interessen des deutschen Volkes entspricht.

"Das geht Sie garnichts an!"

Obrigkeitsstaatliche Eierschalen oder mehr?

Von Günter Grossmann

Man stelle sich nur einmal für einen Augenblick das Ungeheuerliche vor: ein britischer Premierminister verliert mangels guter Argumente die Fassung und antwortet auf die präzise Frage eines Unterhaus-Abgeordneten: 'Das geht Sie gar nichts an, Mr. X'. - Eine solche Situation wäre undenkbar; eher würde das ehrwürdige Gewölbe von Westminster schamrot werden, oder der Big Ben stünde vor Entsetzen schief wie der berühmte Turm von Pisa.

Zu einer solchen Situation konnte es anno Neunzehnhundertfünf- undsechzig im Plenarsaal des deutschen Parlaments kommen. Wie sehr unsere junge Demokratie an pubertären Störungen leidet und in welcher unschöner Form die Mucken des infantilen Entwicklungsstadiums des Obrigkeitsstaates durchschlagen, kann man daran ermesen.

Es scheint sich bei einigen deutschen Politikern, deren ganze Vorstellungswelt und demzufolge deren Habitus zutiefst restaurativ bis reaktionär ist, bis heute noch nicht herumgesprochen zu haben, daß der Souverän in der Bundesrepublik einzig und allein das Volk und damit seine legitime Repräsentation, das Parlament, ist. Vor diesem Parlament hat jeder Politiker, erst recht jeder Vertreter der Exekutive, wahrheitsgemäß Rede und Antwort zu stehen.

Was sich der Chef der Bundesregierung am Abend des 29. November geleistet hat, konnte allenfalls noch in den Stil passen, in dem ein und wieder der gläubnerische Friedrich Wilhelm IV. mit den preussischen Landtag umspringen pflegte. Auch Bismarck hätte sich einer solchen Form im Reichstag nur dann befleißigt - aber auch nur vielleicht! - wenn zufällig einmal die Abgeordneten Bebel, Singer, Eugen Richter, Lasker, Bamberger und Ludwig Windthorst gleichzeitig dem hohen Hause krankheitshalber ferngeblieben wären.

Ein Urteil

"Neue Züricher Zeitung" 2. Dezember 1965 schreibt:

"Die nicht gerade überzeugende Stabilitätspolitik, die die Regierung im Wahljahr trieb, erleichterte es der Opposition, auch die Regierungserklärung auf diesem Hintergrund zu zerpfücken, worauf die Sprecher der Regierungsparteien zum Teil mehr durch Schlagfertigkeit als durch das Gewicht der Argumente glänzten."

Beispielhafte Rationalisierung

Hamburg: Viele Verkehrsmittel - eine Fahrkarte

ro-Wenn alles klappt, werden die Hamburger ab Herbst nächsten Jahres mit einer Fahrkarte das bisher vielfältige Angebot von U- und Straßenbahn, von Linienbussen, Alsterdampfern und Elbe- Fährschiffen benutzen können; eine bisher von Moskau bis New York einzigartige Lösung eines oft diskutierten Problems des öffentlichen Verkehrs.

Den Startschuß dazu gab Anfang der Woche die unter Beteiligung von Hamburgs Bürgermeister Professor Dr. Weichmann und Bundesbahnpräsident Professor Dr. Öttering feierlich vollzogene Unterzeichnung eines Verbundvertrages. Grob gesprochen ist es eine Ehe der Hamburger Verkehrsgiganten Hochbahn und S-Bahn, der sich die den Verkehrsraum in Hamburger Umland Schleswig-Holstein bedienenden VHH angeschlossen hat. Eine "Art Vernunfttöche", also, die grundsätzlich auch anderen Verkehrsträgern wie etwa der Bundesbahn offen steht.

In der Verbundgesellschaft werden die Teilnehmer ihre Fahrpreise, Fahrpläne und Linienführung aufeinander abstimmen. Im Herbst 1966 hofft man soweit zu sein. Das heißt, die Hamburger werden dann unabhängig davon, ob sie deswegen von der S- auf die U- bahn oder vom Alsterdampfer auf einen VHH- bus umsteigen müssen, sich die schnellste und direkteste Verbindung zu ihren Fahrzielen aussuchen können.

Das hat nicht nur Vorteile für den Verkehrsteilnehmer, sondern auch für die beteiligten Verkehrsbetriebe: an die Stelle kostenbringender Konkurrenz tritt eine kostensparende Rationalisierung. Auch sie wird indirekt den Verkehrsteilnehmern wieder zugute kommen.

Vereinfacht wird sich der komplizierte Verkehrsverbund so vollziehen: die beteiligten Unternehmungen bringen ihre Verkehrsmittel, und Leistungen, deren Besitzer sie bleiben, in den Verbund ein. Die dafür ermittelten Werte sind der Schlüssel für die Aufteilung der mittels des Gemeinschaftstarifs erzielten Gesamteinnahmen.

Jahrelange Vorarbeiten, die vom Bundesverkehrsministerium teils aus Verständnis für die Sache gefördert, teils aus politischen Rücksichten gebremst wurden, haben nun kurz nach der Bundestagswahl mit der Gründung des Verkehrsverbundes ihren ersten und hoffnungsvollen Abschluß gefunden.

Rußland oder Sowjetunion ?

Kleiner Nachhilfeunterricht für Staatsmänner
und solche, die es werden wollen

- * "Bei aller Trennung zwischen Kommunismus und dem Staat Sowjetunion muß ich doch auf die Feststellung Wert legen: Wir haben es leider noch nicht mit Rußland zu tun, sondern mit der Sowjetunion..."

(Dr. Rainer Barzel am 30. November im Bundestag)

W.R.-Durch Präzision zeichnen sich die Aussprüche Barzels nicht gerade aus; vielleicht sind seine Redereien aber auch nur hintergründig. Man liest es einmal und mehrmals und wenn wir es richtig verstehen, so besteht der Kommunismus, frei nach Barzel, n e b e n dem Staat. Der Inhalt lebt n e b e n der Form; das Wasser n e b e n dem Krug. Es bleibt Barzels Geheimnis, wo die Trennung zwischen Kommunismus und "Staat Sowjetunion" anfängt oder endet.

Wichtiger als diese mystische Aussage erscheint aber der zweite Teil seiner Feststellung zu sein: "Wir haben es leider noch nicht mit Rußland zu tun." Der Akzent muß auf R O C H nicht gelegt werden. Denn was nicht ist, das kann noch werden... Immer wieder behaupten sowjetische Propagandisten in der Bundesrepublik wären "revanchistische Kräfte" am Werk, um den Bestand der Sowjetunion anzutasten. Ebensooft wird in Bonn darauf hingewiesen, daß solches Tun nur in der Phantasie der Propagandisten des Krenl existiere. Prompt gibt Herr Barzel mit seinen diffusen Redereien (übrigens nicht das erstemal) das Stichwort zu weiteren Angriffen.

Auch der Herr Bundeskanzler scheint sich nicht immer im klaren darüber zu sein, welches Land er eigentlich meint, wenn er von der Sowjetunion sprechen will. In vielen seiner weisevollen Reden über das anzustrebende bessere Verhältnis zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion spricht auch Herr Erhard meist von Rußland. W e l c h e s Rußland allerdings gemeint ist, das überläßt er der Auslegung seiner Zuhörer. Mit einigem Recht darf man jedoch vermuten, daß der Bundeskanzler die Sowjetunion meint, wenn er von "Rußland" spricht. Es scheint deshalb angebracht zu sein, Herrn Erhard auf den Unterschied zwischen "Sowjetunion" und "Rußland" aufmerksam zu machen. Hierzulande weiß man zwar im allgemeinen was gemeint sein könnte, wenn Erhard von "Rußland" spricht. Der Staatsmann jedoch - und Herr Erhard erhebt ja den Anspruch darauf einer zu sein - ist verpflichtet, die Begriffe r i c h t i g anzuwenden.

Rußland, also die "Russische Sozialistische Föderative Sowjet-Republik" (RSFSR) ist ein T e i l staat der Sowjetunion. Zwar der größte und bedeutenste, aber immerhin ein Teilstaat. Wenn Herr Erhard, (im Gegensatz zu Barzel, für den es n o c h kein Rußland gibt) Verhandlungen mit der Sowjetunion anstrebt, so muß er sich schon an die Führer der Sowjetunion, in diesem Fall Herrn Kossygin, und nicht an den Ministerpräsidenten von Rußland, der RSFSR, wenden. Möglicherweise ist das ein Grund, weshalb die Offerten zu einem Besuch in die Bundesrepublik bisher immer an die falsche Adresse gelangt sind.

Vielleicht sprechen sich Herr Erhard und Herr Barzel einmal mit dem zuständigen Ressort in Außenamt ab, damit wenigstens in der Namensgebung die richtige Bezeichnung angewendet wird.

Zweierlei Ausländer in der Schweiz

Rigorese Beschränkungen für Gastarbeiter

Von Otto Schmidt, Bern

Mit dem frühen Wintereinbruch hat auch in der Schweiz die Wintersaison begonnen. Der Touristenstrom hat eingesetzt, ein gutes Wintergeschäft bahnt sich an, eine Entschädigung für den schlechten Sommer. Die Touristen kommen vor allem aus dem Ausland, aus allen europäischen Ländern und viele aus Übersee, aus den Vereinigten Staaten in erster Linie. Touristikzentren wie St. Moritz und Zermatt sind Begriffe, Begriffe wie die Kongressstadt Genf oder die Bankstadt Zürich. Für die Schweiz ist der Fremdenverkehr eine Industrie, im Sommer und Winter, eine der best ausgebauten und wichtigsten Industrien, die Zehntausende ernährt. Sie baut auf die Ausländer, die in der schönen, gepflegten Schweiz erholende Tage verbringen.

Aber die Zeiten sind vorbei, wo der fremde Gast sein Fondue oder sein Raclette von einer waschechten Walliserin serviert erhielt oder von einem urchigen Berner Oberländer, der im Sommer das Vieh auf die Weide trieb, am Bahnhof abgeholt wurde. Der Ausländer wird von Ausländern bedient, im Hotel, im Restaurant, im Friseursalon. Die Schweiz kann ohne die Fremdarbeiter, oder wie sie freundlicherweise genannt werden, ohne die "Gastarbeiter" nicht mehr auskommen. Aber diese sind zu einem Problem geworden, waren es doch im August 1964 deren 725 000, ohne die Familienangehörigen gerechnet, und das bei einer Gesamtbevölkerung von nur rund fünfzehnhundert Millionen.

Nach wie vor werden die Touristen mit offenen Armen empfangen, deren kann es nie genug geben, aber für die Fremdarbeiter mußten 1965 rigorese Einreisebeschränkungen verfügt werden, Tausende mußten das Land verlassen. Der Bestand an ausländischen Arbeitskräften betrug im August 1965 noch 680 000. Vom Ausländerstop betroffen sind vor allem die Saisonbetriebe des Fremdenverkehrs, aber auch Restaurants und Hotels in der Stadt, dann die Bau- und Metallindustrie, die einen besonders hohen Prozentsatz an ausländischen Arbeitskräften aufzuweisen haben. Im Baugewerbe arbeiten 31 Prozent aller ausländischen Arbeitskräfte, in der Metall- und Maschinenindustrie deren 20 Prozent, während der Anteil der Touristikindustrie 11 Prozent beträgt.

Eine Aufstellung der Herkunftsländer der ausländischen Arbeitskräfte in der Schweiz ergibt folgendes Bild: Italien 66,4 Prozent, Spanien 10,7 Prozent, Deutschland 10,0 Prozent, Österreich 3,6 Prozent, Frankreich 3,5 Prozent und übrige Länder 4,8 Prozent.

Die Schweiz wird gezwungen sein, den Fremdarbeiterbestand weiter zu verkleinern, nicht aus Fremdenhaß, wie vielfach behauptet wird, sondern um seine Wirtschaftsstruktur gesund zu erhalten. Erfreulicherweise wird dies auch in den benachbarten Ländern, aus denen viele Arbeiter kamen, erkannt. Der Tourismus ist selbstverständlich von dieser Entwicklung nicht berührt.